



LEITARTIKEL



von
**Reinhard
Göweil**

Steuerpolitik als Medizin

„Steuerpolitik gehört zum Schwierigsten überhaupt“, sagte der frühere Finanzminister Hannes Androsch in der „ZiB 2“, „es ist wie das Verabreichen schwerer Medikamente.“ Um in diesem Bild zu bleiben, hat die Regierung nun dem siechen Privatkonsum eine gehörige Portion Aufputzmittel verabreicht. 4,9 Milliarden Euro fließen in eine Tarifentlastung, der weitaus größte Teil davon soll über zusätzliche Konsumausgaben das Wirtschaftswachstum in Österreich ankurbeln. Die Menschen können optimistisch sein, erklärte der Bundeskanzler nach dem Regierungsbeschluss. Können.

Zu einem guten Arzt – um im Bild von Androsch zu bleiben – gehört die Diagnose, wie der Patient auf eine Arznei reagiert und ob eine punktuelle Behandlung nicht andere Organe in Mitleidenschaft zieht.

Der wunde Punkt der Steuerreform ist daher ihre Gegenfinanzierung. Wenn die Menschen glauben, dass mit Steuerbetrug so viel Geld eingenommen werden kann, dann werden sie wohl dem Wunsch des Kanzlers folgen. Wenn sie aber befürchten, dass in der Folge ein Sparpaket einen Teil der Segnungen wieder wegfrisst, bleiben sie wohl zurückhaltend.

Das künftig gegen den Pfuscher eingesetzte „Breitband-Antibiotikum“ namens Finanzpolizei ist eine latente Gefahr. Ob sich internationale Banden, die gewerbsmäßig Umsatzsteuerbetrug in Milliardenhöhe begehen, davon abschrecken lassen, wird sich weisen. Der „mittelständische Pfuscher“ wird auf die massiven Steuerkontrollen eher verschreckt reagieren. Dessen illegale, aber existierende Konsumausgaben werden wohl sinken.

Die Regierung hat allerdings eine weitere Chance, die sie freilich unbedingt nutzen muss: Anfang nächster Woche wird sich eine Regierungsklausur in Krems mit Konjunkturmaßnahmen beschäftigen. Dabei gilt dasselbe wie bei der Steuerreform, sie dürfen eigentlich das Budget nicht weiter belasten.

Umso notwendiger wird es sein, mit klugen Ideen das haufenweise unverzinst herumliegende Geldvermögen der Österreicher dafür anzuzapfen. Es geht darum, Unternehmen den Start zu ermöglichen, gar nicht so sehr erleichtern. Es geht darum, Industriebetriebe zu massiven Investitionen zu ermuntern. Und es geht darum, die Banken kreditfreudiger zu machen. Das alles ist schwieriger als die Steuerreform je war.

leitartikel@wienerzeitung.at

Die größte Steuerreform der Zweiten Republik?
ORF ZIB 2, 16.03.2015 22:00 Uhr

(Transkript)

Tarek Leitner, ORF: Guten Abend, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie bei der ZIB 2. Die Steuerreform hat über das Wochenende die Innenpolitik beherrscht. Wir machen heute einen Faktencheck zur Steuerreform und schauen uns an, wie groß sie tatsächlich ist. Live dazu in der Sendung der WIFO-Chef Karl Aiginger und ein Telefonat mit Ex-Finanzminister Hannes Androsch.

Faktencheck	1
Am Telefon: Ex-Finanzminister Hannes Androsch.....	3
WIFO-Leiter Karl Aiginger	5

Faktencheck

Die Wirtschaftsforscher haben heute keine besonders guten Aussichten parat, was die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft betrifft, und das ist gerade im Zusammenhang mit der Ende letzter Woche präsentierten Steuerreform keine gute Aussicht, denn einen Teil ihres Erfolges macht aus, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ganz allgemein sind. Vieles, was die Steuerreform bringen wird, lässt sich daher wohl auch erst in ein paar Jahren tatsächlich überprüfen. Aber eine Sache können wir schon jetzt in den Faktencheck schicken, und zwar, ob es stimmt, dass diese Steuerreform die größte der Zweiten Republik ist, wie sie von der Bundesregierung bezeichnet worden ist. Stefan Daubrawa hat diese Aussage einem Faktencheck unterzogen.

Stefan Daubrawa, ORF: Es ist nun mal so: Steuerreformen verkaufen Politiker über Superlative – war so und wird wohl auch so bleiben. Seit Freitag trommelt ja die Regierung und vor allem der Bundeskanzler immer wieder – zuletzt in der Pressestunde:

Werner Faymann, Bundeskanzler, SPÖ (Pressestunde 15.03.2015): Vertrauen muss das schon bringen, wenn 4,9 Milliarden Euro – die größte Steuerreform der Zweiten Republik – in die Brieftaschen der Menschen kommen.

Stefan Daubrawa, ORF: Und Vizekanzler Mitterlehner ergänzt:

Reinhold Mitterlehner, Vizekanzler, ÖVP (Pressestunde 15.03.2015): Die größte Steuerreform aller Zeiten – das ist so negativ, wie wenn wir uns da – wir haben das zahlenmäßig verstanden. Ich kenne keine, die vom Volumen her mehr bewegt hat.

Stefan Daubrawa, ORF: Tatsächlich profitieren so gut wie alle Arbeitnehmer von der mit Jahreswechsel in Kraft tretenden Reform. Fast alle profitieren im kommenden Jahr von niedrigeren Lohn- und Einkommenssteuersätzen. Die Wirtschaftsforscher sehen die Reform deshalb großteils positiv. Doch die größte Steuerreform der Zweiten Republik? Selbst der Parteifreund von Werner Faymann relativiert am Abend, denn der Gewerkschaftsboss freut sich in der Diskussionssendung „Im Zentrum“ zwar über die Steuersenkung für 6,7 Millionen Menschen, schränkt aber ein:

Erich Foglar, Präsident ÖGB: Egal, wie man es jetzt bezeichnet – man muss bis 1975 zurückgehen in dieser Republik, bis man ein Entlastungsvolumen in dieser Größenordnung von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes findet.

Stefan Daubrawa, ORF: Tatsächlich, die Zahlen sprechen eine recht eindeutige Sprache. Die Steuerentlastung beträgt bei der jetzigen Steuerreform 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also der gesamten Wirtschaftsleistung in Österreich. Rechnet man die Steuererhöhungen und Betrugsbekämpfung heraus, um die tatsächliche Steuerentlastung herauszufinden, kommt man laut Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO auf 0,5 Prozent des BIP. Bei der Steuerreform 1975 wurden die Steuerzahler aber sogar in der Höhe von 1,7 Prozent entlastet – selbst ohne rausgerechnete Gegenfinanzierung also mehr als diesmal. Die Budgetexpertin ergänzt in Sachen Gegenfinanzierung:

Margit Schratzenstaller, Wirtschaftsforschungsinstitut: Für die unteren und mittleren Einkommen ist es fast brutto für netto, weil sie von einem großen Teil der Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht betroffen sind. Ein großer Teil der

Gegenfinanzierungsmaßnahmen betrifft ja die Betrugsbekämpfung und dann gibt's noch eine Reihe von Ausnahmeregelungen, die hier gestrichen werden, reduzierte Mehrwertsteuersätze werden angepasst.

Stefan Daubrawa, ORF: Doch unbestreitbar: Man muss diesmal schon sehr weit in die Geschichte der Zweiten Republik zurückgehen, um Steuerreformen zu finden, die höher ausgefallen sind. Dennoch: Die Aussage (Werner Faymann, SPÖ) „... 4,9 Milliarden Euro, die größte Steuerreform der Zweiten Republik ...“ ist nach Recherchen bei der Budgetexpertin Margit Schratzenstaller vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO, dem Budgetexperten Gerhard Lehner, und nach Recherchen beim Wirtschaftsprofessor Gottfried Haber aber eher nicht richtig.

Am Telefon: Ex-Finanzminister Hannes Androsch

Tarek Leitner, ORF: Da das also eher nicht richtig ist, bleibt dieser Rekord dem Finanzminister unter Bundeskanzler Kreisky vorbehalten, Hannes Androsch. Aber es geht uns jetzt in einem Gespräch mit ihm weniger darum, welche Steuerreform tatsächlich die größere war, als vielmehr, wie er sie einschätzt. Hannes Androsch ist gerade geschäftlich in China unterwegs. Dort habe ich ihn aufgrund der Zeitverschiebung vor der Sendung gefragt, was er an der Steuerreform vermisst.

Hannes Androsch aus Chongqing/China: Das muss weit über die Steuerfrage hinausgehen. Und die Gegenfinanzierung, die man früher immer den Finanzminister alleine hat machen lassen, ist zum Teil das Gegenteil davon. Einerseits ist es überwiegend Prinzip Hoffnung, und zum anderen ist es belastet und überlastet und überfrachtet worden mit Dingen, die damit nichts zu tun haben. Das wird insbesondere den Tourismus treffen, denn der wird mit der höheren Mehrwertsteuer belastet.

Tarek Leitner, ORF: Bevor wir zu den einzelnen Maßnahmen dieser Gegenfinanzierung noch kommen: Heißt das – Prinzip Hoffnung – wenn Sie sagen, dass Sie die Gegenfinanzierung im Wesentlichen, was Betrugsbekämpfung, was Selbstfinanzierung betrifft, für unrealistisch halten?

Hannes Androsch aus Chongqing/China: In diesem Ausmaß ganz sicherlich. Wenn man bei der Betrugsbekämpfung – was man die ganze Zeit hätte machen müssen – 800 Millionen bekommt, ist das viel. Und die Milliarde bei der Verwaltungsvereinfachung – das habe ich schon zu oft gehört, und das war nur heiße Luft.

Tarek Leitner, ORF: Sie haben die Steuerreform und vor allem die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung als scheinideologisch bezeichnet. Worin manifestiert sich dieser Schein für Sie am allermeisten?

Hannes Androsch aus Chongqing/China: Das haben wir schon 2012 gehabt. Ziel sind die Aktien oder die Dividenden auf Aktien, Ziel sind die Immobilien. Das hat unsere Börse schwer beschädigt und die Risikokapital-Finanzierung, die ohnehin unterentwickelt war und ist in Österreich, zusätzlich beschwert.

Tarek Leitner, ORF: Sie haben das noch etwas drastischer formuliert heute in einem Interview mit der Tiroler Tageszeitung und gemeint, da sei ein Kurpfuscher am Werk, der sich an neurochirurgischen Eingriffen versucht, also jemand, der das, was er tut, so überhaupt nicht kann. Wen haben Sie da gemeint?

Hannes Androsch aus Chongqing/China: Die Vorgangsweise seit Jahren – Steuerpolitik gehört zum Schwierigsten, wie das Verschreiben stark wirkender Medikamente. Das muss man abschätzen im Ausmaß und Nebenwirkungen berücksichtigen, sonst erleidet man Schiffbruch.

Tarek Leitner, ORF: Das klingt aber jetzt ein wenig so, dass Sie das Ihrer Partei weniger zutrauen als dem Koalitionspartner.

Hannes Androsch aus Chongqing/China: Das ist eine offene Frage. Ich habe nur gemeint, dass das neue Team der ÖVP eine Chance ist, wenn es der Bundeskanzler wahrnimmt. Aber da brauchen wir insgesamt eine Wirtschaftspolitik, die einerseits die Schieflage der öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung bringt und gleichzeitig der Wirtschaft in Richtung Beschäftigung und Einkommens- und Wohlstandsmehrung Impulse gibt. Schließlich sind wir in allen wichtigen Beurteilungskriterien deutlich zurückgefallen.

WIFO-Leiter Karl Aiginger

Tarek Leitner, ORF: Und jetzt live zu Gast bei mir im Studio ist der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts, Karl Aiginger – schönen guten Abend. Sie haben heute gemeinsam mit dem IHS Prognosen veröffentlicht, wie sich die Wirtschaft in Österreich in der nächsten Zeit entwickeln wird. Da schwebt das Wort „Kriechspur“ drüber, die Prognosen sind wieder ein Stück zurückgenommen worden. Das heißt, der Ausblick ist nicht so rosig. Tut sich da jetzt in der Steuerreform eine Gegenfinanzierungslücke auf? Weil man ja damit gerechnet hat, die Rahmenbedingungen werden durchaus positiv sein, damit sich das alles ausgeht am Ende.

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Ich möchte umgekehrt beginnen: Die österreichische Wirtschaft war in den letzten zehn Jahren überaus erfolgreich. Wir sind jetzt eines der reichsten Länder Europas, haben eine aktive Leistungsbilanz und sind fast jedes Jahr rascher gewachsen als der Euroraum.

Tarek Leitner, ORF: Das kehrt sich jetzt um?

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Seit 2014 und 2015 ist zweimal jetzt bereits das Gegenteil der Fall. Das heißt, die österreichische Wirtschaft wächst ganz schwach – 0,3, 0,5 Prozent – während die europäische Wirtschaft sich um ein halbes Prozent – je nachdem, ob Euroraum – oder um ein ganzes Prozent besser entwickelt. Das ist eine neue Situation, in der die österreichische Wirtschaftspolitik darauf reagieren muss. Eine der Reaktionen – und in dem Fall kommt die Steuerreform genau zum richtigen Zeitpunkt – ist es, eine Entlastung durchzuführen, besonders die Entlastung der Lohneinkommen, die ja besonders wichtig sind für die Beschäftigung.

Tarek Leitner, ORF: Aber diese Zahlen, die Sie heute veröffentlicht haben, liegen ja den Berechnungen der Steuerreform nicht zugrunde. Daher meine Frage: Tut sich da jetzt eine Lücke auf, die es bei anderer Entwicklung, bei anderer, besserer Prognose, wie es sie zuletzt noch gegeben hat, nicht gegeben hätte?

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Nein, die Prognose ist im Prinzip nicht nach unten revidiert worden, sondern es ist die europäische Prognose nach oben revidiert worden. Es gibt hier aus diesem Punkt keine Lücke. Es stimmt aber, dass die Gegenfinanzierungen nicht so genau ausgefeilt sind wie die Steuerreduktion, sodass hier noch gearbeitet werden muss.

Tarek Leitner, ORF: Bleiben wir bei diesen Gegenfinanzierungen gleich – und zu dem Prinzip Hoffnung, das Hannes Androsch jetzt angesprochen hat: Da geht man davon aus, dass die Hypo tatsächlich nichts weiter kostet. Da geht man davon aus, dass die Betrugsbekämpfung so viel einbringt, die Verwaltungsreform so viel bringt, dass es eine Selbstfinanzierung gibt und eben auch, dass die Konjunktur anspringt. Ist das insgesamt zu viel Hoffnung auf der Gegenfinanzierungsseite aus Ihrer Sicht?

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Nein, ich glaube eigentlich, dass diesmal die Risiken der Prognose nach oben und nach unten gleichmäßig verteilt sind. Es kann zum Beispiel sein, dass die europäische Wirtschaft sich noch besser entwickelt, weil der Eurokurs sehr stark sinkt und weil der Ölpreis sehr stark gesunken ist und weil auch die EZB mit ihren Maßnahmen die Konjunktur jetzt sehr stark belebt. Das könnte dazu führen, dass Europa noch rascher wächst. Das Problem ist allerdings: Warum kann Österreich an dem nicht teilhaben? Wenn wir die europäischen Zahlen und die österreichischen Zahlen vergleichen, so sind die österreichischen Zahlen in der zweiten Jahreshälfte 2014 noch schlechter geworden, und die Vorlaufindikatoren, die wir für 2015 haben, sind eher negativ, sodass die Erholung in Österreich später eintreten wird.

Tarek Leitner, ORF: Welche Maßnahmen wird's jetzt brauchen? Sie haben gesagt, damit ist noch nichts erreicht, sondern jetzt muss es Maßnahmen geben, um das eben alles konkret aufzufüllen, was da an Prognosen zur Gegenfinanzierung aufgestellt wurde.

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Es muss ein Ruck durch Österreich gehen, dass man sagt, okay, wir machen die Steuerreform, diese muss gegenfinanziert werden. Aber das ist nicht die einzige Reform, sondern sie ist dann wirksam, wenn es gleichzeitig auch eine Bildungsreform gibt, wenn es gleichzeitig eine Föderalismusreform gibt, wenn in den nächsten Schritten die

Sozialversicherungsabgaben für die Unternehmen gesenkt werden, da die Abgabenquote in Österreich überdurchschnittlich ist und die Wirtschaft behindert.

Tarek Leitner, ORF: Und eine Pensionsreform ist auch schon ins Treffen geführt worden. Im Zusammenhang mit der Föderalismusreform wollen wir uns kurz anschauen, wie diese Gedanken, die da geäußert werden zum Thema Pensionsreform, etwa vom Wiener Bürgermeister kommentiert werden.

Michael Häupl, Bürgermeister Wien, SPÖ (Wien Heute): Der Finanzminister hat einige Besonderheiten immer wieder gehabt in diesen Verhandlungen, wo er auf Wien hingepeckt hat. Das war bei den Zuschüssen für die Verkehrsbetriebe, das war bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung, und jetzt hat er offensichtlich die Pensionen entdeckt. Wenn Herr Schelling Wahlkampf führen will in Wien, dann soll er da kandidieren und es nicht auf die Art und Weise versuchen, denn die Pensionsfinanzierung in Wien selbst hat mit dem Bund überhaupt nichts zu tun und geht ihn auch nichts an.

Tarek Leitner, ORF: Inwiefern hat der Wiener Bürgermeister da Recht oder Unrecht? Was braucht es in Sachen Pensionen jetzt? Ein Thema, mit dem ja die ÖVP auch in die nächste Regierungsklausur gehen will, wie schon angekündigt wurde.

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Da es mittelfristig ein geringeres Wachstum geben wird und das österreichische Pensionssystem darauf aufbaut, dass die jeweils nächste reichere Generation die Pensionen der vorherigen Generation zahlt, wird es im Pensionssystem noch weitere Adaptierungen geben müssen, zum Beispiel eine weitere Annäherung des tatsächlichen Pensionsalters an das gesetzliche und später auch eine Verschiebung des gesetzlichen Alters mit der Alterung. Das ist unbedingt notwendig, ist aber nicht –

Tarek Leitner, ORF: Das muss jetzt in einem unmittelbar nächsten Schritt kommen aus Ihrer Sicht?

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Das muss einer der nächsten Schritte sein, also das muss nicht heuer sein. Das Problem dabei ist nämlich, man

muss gleichzeitig Reformen am Arbeitsmarkt machen, damit die Personen, die länger tätig sein wollen oder auf die Pension warten müssen, auch am Arbeitsmarkt eine Chance haben. Also es muss ein Programm geben zur Sicherung der Beschäftigung für ältere Arbeitnehmer.

Tarek Leitner, ORF: Wie lang werden denn die Menschen von dieser Entlastung jetzt – lassen wir die Gegenfinanzierung einmal beiseite – tatsächlich etwas haben? Es heißt, dass die kalte Progression das in spätestens vier oder fünf Jahren alles wieder aufgefressen hat, nämlich das Weiterrücken in die höheren Steuerklassen dadurch, dass man dann eben mehr hat. Manche sprechen gar davon, dass es in zwei Jahren schon wieder vorbei ist. Braucht's dann wieder die nächste Steuerreform, damit von dem was übrig ist, was letzte Woche beschlossen wurde?

Karl Aiginger, Leiter Wirtschaftsforschungsinstitut: Bevor wir diese Steuerreform jetzt zerreden und sagen, sie wird früher oder später zu wenig sein, freue ich mich einmal, dass es die Steuerreform gibt. Wir haben jetzt fünf Jahre lang trotz hoher Lohnsteigerungen, die für die Unternehmer an der Grenze des Bezahlbaren und der Wettbewerbsfähigkeit waren, immer wieder nachher – wenn man nachgerechnet hat – real netto Gehaltsverluste gehabt. Und durch diese Steuerreform tritt das jetzt zumindest für zwei Jahre nicht ein und wir haben Realloohnerhöhungen. Es sollte allerdings die Absicht der Bundesregierung sein, die Abgabenquote so stark zu senken, dass wir ab jetzt jedes Mal, wenn wir Wirtschaftswachstum haben, auch Realloohnerhöhungen pro Kopf haben können. Und Unternehmer sollen wissen, dass die Abgabenquote für sie auch sinkt, indem die Sozialbeiträge reduziert werden und sie wieder mehr Beschäftigte schaffen. Das würde dazu führen, dass wir von dieser Kriechspur, auf die wir jetzt gekommen sind, wiederum loskommen durch Reformen. Die Steuerreform war Gott sei Dank die erste Reform, aber andere müssen folgen.

Tarek Leitner, ORF: Ob es diese gibt und in welcher Form, das werden wir aber erst in den nächsten Monaten sehen. Herr Aiginger, vielen Dank für Ihren Besuch im Studio.